

5026/J XX.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales

betreffend Vorgriffe auf das Budget 1999 seitens der AMS - Länderstellen

Einzelne AMS - Länderstellen, insbesondere die von Niederösterreich und Wien, haben scheinbar ihr Budget für das heurige Jahr bereits ausgeschöpft. Für Vereine und Projekte, die durch das AMS gefördert werden, führt dies zu großen finanziellen Unsicherheiten. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### ANFRAGE:

1. Stimmt es, daß einzelne AMS - Länderstellen das Budget für 1998 zum jetzigen Zeitpunkt bereits ausgeschöpft haben?  
Wenn ja, in welchen Bundesländern ist dies der Fall?
2. Stimmt es, daß die betreffenden AMS - Stellen Vorgriffe auf das Budget für 1999 tätigen?  
Wenn ja, in welchen Bundesländern ist dies der Fall?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage basieren Vorgriffe auf das Budget 1999?
4. Wieviel Mehrkosten verursachen budgetäre Vorgriffe seitens des AMS?
5. Stimmt es, daß Vereinen und Projekten, denen seitens der zuständigen AMS - Stellen bereits für 1998 eine Subvention zugesagt wurde, nahegelegt wird, den finanziellen Aufwand für das laufende Jahr mit Krediten zu decken mit der Zusage, das AMS würde im nächsten Jahr die Subvention inklusive Mehraufwand durch Kreditzinsen ausschütten?
6. Wieviel Mehrkosten verursachen erhöhte Subventionskosten bedingt durch Zwischenfinanzierung mittels Kredit seitens der SubventionsnehmerInnen?

7. Halten Sie Vorgriffe auf das Budget 1999 und Zusagen der Frage 5 erwähnten Art für politisch vertretbar?